

## **Bericht der Beratungsstelle BEFORE**

Für das Jahr 2018

München, 21. Januar 2019

Seit offizieller Eröffnung der Beratungsstelle am 18. März 2016 wurden mehr als 260 Anliegen an BEFORE herangetragen, in denen es sich in 234 Fällen um Beratungsfälle im Sinne der Beratungsfelder Rassismus und Antidiskriminierungs- bzw. Opferberatung rechte und rassistische Gewalt handelte. Bis einschließlich Dezember 2018 haben die Berater\*innen über 1000 Beratungen mit Betroffenen durchgeführt, sie unterstützt, begleitet und betreut.

Im Jahr 2018 verzeichneten wir weiterhin einen konstant hohen und steigenden Beratungsbedarf. Insgesamt wurden 174 Fälle beraten, davon allein 103 Fälle, die in diesem Zeitraum als neue Fälle Anbindung an BEFORE gefunden haben. 73 Fälle konnten abgeschlossen werden. Diese Zahlen verdeutlichen einen erhöhten Ressourcenbedarf in der Beratungsstelle.

Um die vielen verschiedenen Bedarfe der Ratsuchenden bestmöglich fachlich unterstützen zu können, braucht BEFORE derartige verbindliche Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und weiteren spezialisierten Beratungsangeboten ebenso wie mit der Stadtverwaltung, Ärzt\*innen, Psycholog\*innen und Therapeut\*innen sowie Fach- Anwält\*innen.

Wegen neuer rechtlicher Anforderungen im Bereich Datenschutz wurden 2018 durch die Bestellung eines externen Datenschutzdienstleisters Maßnahmen eingeleitet, welche die Verarbeitung und Speicherung der sensiblen personenbezogenen Daten, die im Beratungskontext an BEFORE herangetragen werden, rechtssicher gewährleisten können.

Darüber hinaus hat BEFORE 2018 durch die Betreuung des „Oktoberfestattentatsfonds“ einen weiteren Aufgabenbereich übernommen, der die Ressourcen mehrerer Arbeitsbereiche bindet. Im Jahr 2018 wurden etwa 75% der durch den Stadtrat zur Verfügung gestellten 50.000€ bewilligt und teilweise bereits an die Antragsteller\*innen ausgeschüttet.

Im Folgenden stellen die quantitativen Auswertungen sowie die exemplarischen Beschreibungen anonymisierter Fälle die spezifischen Problemlagen und Handlungsmöglichkeiten dar:

### **Antidiskriminierungsberatung**

Der Fachbereich Antidiskriminierungsberatung hat im Jahr 2018 in 95 Diskriminierungsfällen Beratung geleistet. 46 Fälle konnten in diesem Zeitraum abgeschlossen werden, 49 weitere Fälle befanden sich Ende Dezember 2018 noch in der Betreuung.

In ca. 85% der Fälle nahmen die Betroffenen selbst Kontakt zu BEFORE auf, in neun Fällen suchten Personen aus dem sozialen Umfeld von Betroffenen Unterstützung bei BEFORE, in vier Fällen fanden indirekt Betroffene den Weg in die Beratung.

Obwohl nach wie vor nach Einschätzung der Betroffenen und des BEFORE-Teams in der Mehrzahl der Fälle (knapp 69%) Rassismus das Hauptmotiv ist, werden zunehmend auch andere Diskriminierungsmerkmale als Motivation genannt, v.a. Weltanschauung/Religion, Behinderung, Geschlecht oder Sprachvermögen. In 18% der in diesem Jahr beratenen Fälle sind die Ratsuchenden nachweislich von Mehrfachdiskriminierung betroffen.

Diskriminierung findet in allen Lebensbereichen statt, besonders häufig am Arbeitsplatz (ca. 24%), bei Behörden und Ämtern (17%), im Wohnumfeld (15%) oder im Bildungssystem (13%). Die Ratsuchenden sind oftmals im Alltag von unterschiedlichen Diskriminierungsformen gleichzeitig betroffen. In den 2018 beratenen Fällen sind Zugangsverwehrungen z.B. zum Arbeitsplatz, zu Bildung und Abschlüssen sowie

Beleidigungen und Herabwürdigungen, die mit Abstand meistgenannten Diskriminierungsformen. Zunehmend finden aber auch andere Formen Eingang in die Statistik, z.B. Hatespeech (vor allem im Internet) oder Geschichtsleugnung.

Besonders deutlich konnte der Fachbereich Antidiskriminierungsberatung 2018 einen signifikanten Anstieg der Diskriminierungen durch Personen, zu denen die Betroffenen in einem „Abhängigkeitsverhältnis“ stehen, wahrnehmen (ca. 70%). Dies können z.B. Sachbearbeiter\*innen bei Behörden, Vermieter\*innen oder Arbeitgeber\*innen, aber auch Lehrende an Hochschulen und Schulen sein. Die Folgen einer Diskriminierung durch diesen Personenkreis sind deshalb für die Betroffenen oft essentiell und bedrohen ihren Lebensalltag und die Lebensplanung.

### **Fallbeispiel Antidiskriminierungsberatung**

Eine Frau studiert an einem Institut der LMU. Bereits ein Jahr vor der Abschlussprüfung wendet sie sich an den Studienkoordinator und weist auf Diskriminierung durch ihren Dozenten am Institut hin. Der Koordinierungsleiter hat Verständnis für ihre Beschwerde, dennoch wird er nicht aktiv. Sie wendet sich an die Rechtsberatung des Studentenwerkes, wird dort jedoch mit den Worten, sie sei noch jung und könne noch ein anderes Fach studieren, weggeschickt. Aufgrund der anhaltenden Diskriminierung kann sie ihr Studium nicht beenden.

In der Antidiskriminierungsberatung bei BEFORE berichtet sie von eindeutigen Abwertungen und Ungleichbehandlungen sowohl ihrer Person als auch von weiteren, als weiblich gelesenen Student\*innen. Das tendenziell schlechte Abschneiden dieser Personengruppe, insbesondere wenn noch ein Migrationshintergrund angenommen wird, scheint bei diesem Professor ein offenes Geheimnis zu sein.

BEFORE berät die Studentin zu möglichen Beschwerdeoptionen. Gemeinsam werden potentielle Unterstützer\*innen ausfindig gemacht und Recherche zu den strukturellen Voraussetzungen durchgeführt. Die Betroffene hat nun nicht mehr das Gefühl, alleine mit der Situation zu sein. Sie stimmt auch einer Veröffentlichung ihrer Erlebnisse in der München-Chronik zu. Am Ende des Beratungsprozesses entscheidet die Studentin trotzdem, dass sie das Geschehene auf sich beruhen lassen möchte und verlässt München.

### **Opferberatung rechte und rassistische Gewalt**

In der Opferberatung wurden im Jahr 2018 insgesamt 79 Fälle beraten, davon konnten in diesem Zeitraum 27 Fälle abgeschlossen werden, 52 Fälle befanden sich am Jahresende noch in der Beratung.

Das meistgenannte Tatmotiv war ebenfalls Rassismus (ca. 70%). Davon handelte es sich in knapp 24% der Fälle aus Sicht der Betroffenen konkret um antimuslimischen Rassismus. Oft spielten aber auch die eigene politische Einstellung oder die Zuschreibung einer nicht-rechten/alternativen Einstellung eine ausschlaggebende Rolle.

In den meisten Fällen betreute der Fachbereich direkt von rechter, rassistischer Gewalt Betroffene (80%). In 13% der Fälle meldeten sich Personen aus dem sozialen Umfeld einer betroffenen Person. Wenige Fälle werden durch Zeug\*innen von Vorfällen oder indirekt Betroffenen an BEFORE herangetragen.

Wie in den vergangenen Jahren ist auch in den 2018 beratenen Fällen kein eindeutiges Muster für „gefährliche Orte“ erkennbar. Jeder Ort, egal ob öffentlicher Raum, Einkaufszentrum, Bahnhof, Asylunterkunft oder eigenes Wohnumfeld kann potentiell zum „Tatort“ werden. Gleichwohl hat die Opferberatung von BEFORE 2018 besonders viele Fälle aus den Bereichen Oktoberfestattentat (1980) und OEZ-Attentat (2016) beraten. In diesen Zusammenhängen sind Beratungsprozesse besonders intensiv und komplex sowie langwierig und mit der Vernetzung zu vielen anderen Beratungs- und weiteren Unterstützungsstrukturen verbunden.

### **Fallbeispiel Opferberatung**

Frau M. wurde während des OEZ-Attentats durch mehrere Schüsse an den Beinen verletzt und trägt durch die physischen sowie psychischen Verletzungen dauerhafte Beeinträchtigungen davon. Die

gesamte Familie war ebenfalls vor Ort und hat die Ereignisse miterleben müssen. Erfahrungsgemäß treten bei schweren traumatischen Erlebnissen oftmals zeitverzögert Situationen auf, die Hilfemaßnahmen notwendig machen.

Frau M. nimmt seit Anfang 2017 unsere Beratung und Unterstützung in Anspruch. Durch eine schnelle und ganzheitliche Unterstützung konnte ihr und ihrem Ehemann und Kindern in den unterschiedlichsten Lebensbereichen, die durch das Attentat betroffen sind, konkrete Hilfe angeboten werden. BEFORE vermittelte u.a. zu passenden Therapeut\*innen und Ärzt\*innen und begleitete zu Terminen zur Schmerzambulanz.

Ein direkter Austausch mit den verschiedensten Behörden, u.a. dem ZBFS zur Abklärung nach dem Opferentschädigungsgesetz oder der Krankenkasse, da in einer solchen Ausnahmesituation auch die Begleitung bei vermeintlich einfachen Behördengängen notwendig ist, ist für den Beratungsprozess unerlässlich.

BEFORE hat einen Informationsabend angeboten, an dem Mitarbeiter\*innen vom Bundesamt für Justiz eingeladen waren, um über die Möglichkeiten der finanziellen Hilfeleistungen in Härtefällen zu sprechen. So konnte Frau M. und ihre Familie einen Antrag auf Härteleistung stellen, der auch bewilligt wurde. BEFORE vermittelte außerdem einen Anwalt für Frau M. um als Nebenklägerin am Prozess beteiligt sein zu können und begleitete sie, wenn gewünscht, zu den Prozessterminen.

Durch die, über einen langen Zeitraum angebotene Unterstützung durch BEFORE wurde für Frau M.- aber auch für die anderen Betroffenen und Hinterbliebenen des OEZ Attentats- ein Angebot geschaffen, welches ihnen langfristige Hilfe und Stabilisierung anbietet und so auch für etwaige Spätfolgen ansprechbar ist. Im Falle des OEZ-Attentats ist der Bedarf nach Unterstützung auch nach fast drei Jahren weiterhin vorhanden.

### **Schlussfolgerung**

Die Zahl der Beratungsfälle, die neu an BEFORE herangetragen worden, ist 2018 noch einmal angestiegen. Hat BEFORE im vergangenen Jahr 83 neue Fälle betreut, sind es im Jahr 2018 bereits 103 neue Beratungsfälle. Dies hängt sicherlich mit der immer weiter steigenden Bekanntheit der Beratungsstelle zusammen, andererseits aber auch mit zunehmend spürbaren ausgrenzenden Tendenzen in Gesellschaft und Politik. Die Fallschilderungen von Betroffenen machen deutlich, dass Diskriminierungen, Benachteiligungen sowie rechte und rassistische Übergriffe für viele Menschen alltägliche und wahrscheinliche Phänomene sind. Immer wieder erfahren wir zudem von den Betroffenen, dass die fehlende Solidarität der Gesellschaft sie viel schwerer trifft als der Angriff oder die Diskriminierung selbst.

Mit unserem Beratungsangebot, aber auch durch die fallbezogene Pressearbeit und empowernde Veranstaltungen und Workshops, die BEFORE 2018 durchgeführt hat, können wir Betroffene unterstützen, für die Sichtbarkeit ihrer Situation sorgen und ihnen helfen, ihre Rechte wahrzunehmen. BEFORE stärkt in der Öffentlichkeit die Betroffenenperspektive auf gruppenbezogene Ausgrenzungen, Rassismus und Diskriminierungen sowie rassistische und rechte Gewalt, um zu einer weiteren Sensibilisierung der Münchener Stadtgesellschaft beizutragen.